

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 63/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Nicole H [REDACTED],
[REDACTED] C [REDACTED] Ave., N [REDACTED] O, [REDACTED], USA,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. [REDACTED], [REDACTED]
und [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land R h e i n l a n d - P f a l z ,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
Mainz, Kaiser-Friedrich-Str. 1,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes hat am 17. September 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Dr. Thumm und Portmann beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 10. Zivilsenats - Entschädigungs-senats - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 22. Juli 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

G r ü n d e

Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nach § 219 Abs. 2 BEG liegen nicht vor.

Das Berufungsgericht verneint ohne Rechtsfehler ein Neuantragsrecht der Klägerin nach Art. III Nr. 1 Abs. 1 BEG-SchlußG mit § 1 Abs. 3 Nr. 4 BEG. Die Klägerin ist als Tochter einer Jüdin selbst aus Gründen der Rasse im Sinne von § 1 Abs. 1 BEG verfolgt worden und damit nicht erstmalig aufgrund des § 1 Abs. 3 Nr. 4 BEG anspruchsberechtigt. Das entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Der Einwand der Beschwerdeführerin, sie sei nach früherem Recht mit ihren Ansprüchen rechtskräftig abgewiesen worden und des-

- 3 -

halb erstmals aufgrund des BEG-Schlußgesetzes anspruchsberechtigt, greift nicht durch. Die Ablehnung ist damals auf das Fehlen der für die Klägerin allein in Betracht kommenden allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen des § 160 BEG gestützt worden. Das würde zwar einem Neuantragsrecht nach Art. III Nr. 1 BEG-SchlußG nicht entgegenstehen, wenn die Klägerin durch Art. I Nr. 1 BEG-SchlußG erstmalig anspruchsberechtigt geworden wäre. Das ist aber nicht der Fall. Dabei kann dahinstehen, ob die Klägerin die Voraussetzungen des § 160 BEG erfüllt. Wenn sie nämlich nach § 160 BEG anspruchsberechtigt ist, dann stand ihr schon nach bisherigem Recht ein Entschädigungsanspruch nach § 1 Abs. 1 BEG zu, so daß ein Neuantragsrecht nach Art. III Nr. 1 Abs. 1 BEG-SchlußG ausscheidet. Ist sie aber nicht nach § 160 BEG anspruchsberechtigt, dann scheitert auch ein Neuantrag wegen Fehlens der allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen des § 160 BEG. Die von der Beschwerdeführerin zu § 160 BEG aufgeworfene Rechtsfrage stellt sich daher in diesem Verfahren nicht.

Mai

Zorn



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
([mobile App](#))

[JLaw – für Android](#)[JLaw – für iOS](#)